

Leipziger Tageblatt

und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 345

Hauptstiftleiter: Dr. Ewerth, Leipzig

Dienstag, den 27. Juli

Verlag: Dr. Reinhold & Co., Leipzig

1920

Entdeckte Einfuhrschiebungen

Lebensmittelschiebungen mit gefälschten Einfuhrbewilligungen in Köln

Selbstmitleid wird mitgeteilt:

Bereits seit einigen Wochen war dem Reichsbeauftragten für die Lebensmittelschiebungen in Köln durch den Reichskommissar für die Einfuhrbewilligungen in Köln berichtet worden, daß über die besetzte Reichsgrenze ausländische Lebensmittel eingeführt wurden, die mit einer zwar formell richtigen Einfuhrbewilligung herankamen, von denen jedoch die bewirtschaftenden Reichsstellen nichts wußten. Der Reichsbeauftragte entsandte deshalb einen seiner Beamten nach dem besetzten Gebiet mit dem Auftrag, der Angelegenheit nachzugehen.

Es gelang in der ersten Hälfte des Juli, festzustellen, daß derartige Sendungen auf Grund gefälschter Einfuhrbewilligungen des Reichskommissars-Delegierten in Köln herbeigeführt wurden. Ein unterer Angestellter dieser Dienststelle muß sich auf irgendeine Weise den Fälschungsbogen des Reichskommissars für Aus- und Einfuhrbewilligung verschaffen gewußt und mit diesem eine große Anzahl von Einfuhrbewilligungsbogen gefälscht haben, um sie dann zu verkaufen. Die gefälschten Einfuhrbewilligungen sind hauptsächlich an holländische Firmen verkauft worden, die namentlich ihre Waren mit den fertigen Einfuhrbewilligungen deutschen Händlern anbieten.

Ein Teil der mit solchen gefälschten Bewilligungen eingeführten Waren hatte die Einfuhrkontrolle bereits passiert und konnte nicht mehr gefaßt werden. Es gelang jedoch, noch rund 40 Waggons eingeschmuggelter Waren, hauptsächlich Speise, Speisefette und Fleischkonzerne, anzuhalten und zugunsten des Reiches für verfallen zu erklären. Die Einfuhr weiterer Waren im Werte von etwa 20 Millionen Mark wurde von den Einfuhrschiebern im letzten Augenblick aufgehalten, als sie das Bekanntwerden der Schiebung erfahren hatten.

Entdeckung von Waffenlagern

Braunschw. 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In der Nähe von Helmstedt sind gestern in einem Walde 125 Infanteriewehrgewehre, 2 Maschinengewehre, 2 Revolverpistolen und große Munitionsvorräte entdeckt worden. Mehrere Personen aus Helmstedt wurden infolge dieser Funde bereits verhaftet. Bei dem Braunschweiger Orie Trellstedt hatte man in voriger Woche ebenfalls ein Waffenlager aufgefunden. Hauptverdächtig an diesem Waffenversteck soll ein Student Paul aus Braunschweig sein, in dessen Wohnung bei einer darauf vorgenommenen Hausdurchsuchung vier gebrauchsfertige Maschinengewehre und 4000 Schuss Munition vorgefunden wurden. Seitdem ist Paul anhaftend.

Berlin, 27. Juli. (Drahtbericht.) Der preussische Minister des Innern Severing antwortete einem Vertreter des 'W. L.' auf die

Frage, in welcher Weise nach seiner Ansicht die Entwaffnungsaktion bei der Zivilbevölkerung vorgenommen werden müsse, folgendes: Ich habe Bedenken gegen die Entwaffnung durch das Reich bereits bei den ersten Besprechungen geäußert. Es wird freilich notwendig sein, daß die Reichsregierung die Leitung der Aktion behält und die Direktiven für die Länder ausgibt. Die eigentlichen Exekutionmaßnahmen aber müssen meines Erachtens ausschließlich durch die Landesbehörden selbst erfolgen. Nur in Fällen, wo man mit grundsätzlichen Widerständen zu rechnen hätte, dürfte das Reich unmittelbar eingreifen. Auf keinen Fall, und hierüber waren sich die Vertreter fast aller zuständigen Stellen einig, darf die Entwaffnungsaktion von vornherein der Reichswehr übertragen werden.

Schiedspruch im mitteldeutschen Bergbau

Halle, 27. Juli. (Drahtbericht.) Das Schiedsgericht der Bergleute des Mitteldeutschen Bergarbeiterverbandes hat nach langen, bis in die frühen Morgenstunden dauernden Beratungen heute morgen folgenden Schiedspruch gefällt: Es wird eine Schließlohnerhöhung von 3 % gewährt, ferner 1 A Kinderzulage und 1 A Hausstandszulage zu den bisherigen Sätzen. Damit sind die Forderungen der Bergarbeiter erfüllt worden. Die nächste Konferenz der Bergleute, die Sonntag, den 1. August, in Halle stattfindet, wird über die Annahme dieses Schiedspruches durch die Bergleute entscheiden; man nimmt an, daß er angenommen werden wird.

Vielsprecher und Wenigsprecher

München, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichspostminister teilte dem Handelskammerverband mit, daß baldmöglichst ein neuer Fernsprechtarif dem Reichstage vorgelegt werden wird. In Aussicht genommen ist die Erhebung einer Anschlaggebühr, die entsprechend den Selbstkosten der Verwaltung nach der Größe der einzelnen Netze bemessen wird und einer Gesprächsgebühr, die in mehreren Stufen nach der Zahl der Gespräche gestuft ist. Die Gesamterhebung wird also nach dem Grad der Benutzungsmöglichkeit und der tatsächlichen Benutzung des Fernsprechers bestimmt werden. Die Vielsprecher werden mehr zu zahlen haben als die Wenigsprecher.

Der Munitionszug für Polen zurückbefördert

Marburg, 27. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der gestern hier angehaltene für Polen bestimmte Munitionstransport ist bereits über die Strecke Gießen-Limburg auf besetztes Gebiet zurückgeleitet worden.

Der Mikado gestorben? 'Chicago Tribune' meldet, daß der Gesundheitszustand des Mikados sehr schlecht sei. Es werden täglich Krankheitsberichte herausgegeben. Nach einem unkontrollierbaren Bericht soll er bereits gestorben sein.

Ein schwerer Unglücksfall auf dem Lindenthaler Exerzierplatz

Zwei Personen tot, eine schwer verletzt.

Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am Montag nachmittag auf dem Lindenthaler Exerzierplatz. Ost genug schon ist auf die Gefährlichkeit des Sportierens mit aufgefundenen Windmühlengängen hingewiesen worden, aber leider finden die Warnungen nicht genügend Beachtung. Das sollte drei jugendlichen Personen aus Lindenthal bei Leipzig zum Bewußtsein werden. Am Montag nachmittag in der 4. Stunde fanden die Brüder Paul und Gerhard Vogus (17 und 13 Jahre alt) und der 18jährige Hermann Ebel auf dem Exerzierplatz einen Minenblindgänger. Die drei beschäftigten sich mit der Mine und warfen sie, mit dem Jänder nach unten, auf einen spitzen Stein, wodurch die Explosion hervorgerufen worden sein soll. Die Folgen waren furchtbar. Dem Paul Vogus wurden beide Hände weggerissen, außerdem erhielt er fünf Splitter in die Lunge. Sein jüngerer Bruder Gerhard erlitt schwere Verletzungen durch Splitter am Unterleib und an der linken Brustseite. Dem Ebel wurde der linke Fuß und das rechte Bein vollständig weggerissen. Ärztliche Hilfe für die Verwundeten war sofort zur Stelle. Zur angeordneten Überführung nach dem Stadtkrankenhaus St. Georg stellte der am Unglücksort anwesende Gutsdamer Arndt sein Auto zur Verfügung. Paul P. ist auf dem Transport und Ebel während der Operation den Verletzungen erlegen. Der Zustand des Gerhard W. ist hoffnungslos.

Auf unsere beim hiesigen Generalkommando eingezogene Erkundigung wird uns erklärt, daß ein Verbot des Sportierens des Exerzierplatzes ist wiederholt amtlich bekanntgegeben worden, ebenfalls sollen Anschlagtafeln um den Platz selbst errichtet sein. Eine besondere Absperzung durch militärische Posten ist deshalb nicht erforderlich und auch nicht vorhanden. Der Minenblindgänger scheint noch aus der Kriegszeit her zu stammen. Es ist wahrscheinlich, daß noch andere Blindgänger von Handgranaten um in der Erde stecken, so daß Unbefugte nicht dringend genug vor dem Betreten des Exerzierplatzes gewarnt werden können.

Wirtschaftslage und Arbeitslosigkeit

Aussprache in der Leipziger Handelskammer. Leipzig, 27. Juli.

In der am Montag abgehaltenen Sitzung der Handelskammer fand eine mehrstündige Aussprache über die wirtschaftliche Lage von Handel und Industrie des Bezirkes und über die Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit statt. Veranlassung dazu gaben eine Zuschrift des Rates der Stadt Leipzig (Arbeitsamt) in der gebeten wurde, die Kammer möge auf ihre Mitglieder dahin einwirken, daß Stilllegungen von Betrieben möglichst vermieden werden, da es bei Betriebseinstellungen in größerem Umfang nicht möglich sein werde, die Arbeitslosenunterstützung weiterzuführen, sowie ferner eine am 19. d. M. in Dresden unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Buch abgehaltene Sitzung, in der Vertreter der Handels- und Gewerbevereine, des sächsischen Handels und der Industrie, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbände die allgemeine wirtschaftliche Lage Sachsens und Maßnahmen zur Bekämpfung der sich stetig vergrößernden Arbeitslosigkeit beraten worden sind.

Handelskammerpräsident Justizrat Dr. Wendtland betonte zunächst über den Verlauf der Dresdener Sitzung, in der leider die Politiker mehr das Wort geführt hätten, als die Vertreter von Handel und Industrie, obwohl lebhaft wirtschaftliche Fragen besprochen worden seien. Die wirtschaftliche Lage wurde als höchst unerfreulich bezeichnet. In einer Reihe von Wirtschaftszweigen koste das Geschäft, es sind bedeutende Lagerbestände vorhanden, die nicht abgesetzt werden können, weil Kaufkraft und Kauffähigkeit in weiten Kreisen fehlt. Die Aufträge aus dem Ausland gehen spärlich ein. Die Betriebe können vielleicht noch einige Monate aufrecht erhalten werden, wenn aber die ausländischen Aufträge angehalten sind, müssen Arbeitsverkürzungen oder Betriebsstillegungen eintreten. Es wurde festgestellt, daß im Inlande

Der Mittelstand und die geistigen Arbeiter nicht mehr in der Lage sind, die hohen Preise zu zahlen, und daß, wenn die großen Warenbestände nicht nach dem Auslande abgesetzt werden können, sie im Inlande mit Verlust zu dessen Deckung Staat und Gemeinde herangezogen werden könnten, verkauft werden müßten. Der Export sei schwierig, weil andere Preise für den Weltmarktspreisen nähern, oder sie schon überschritten hätten. Auch die unglückselige Ausfuhrkontrolle, die vor 1 1/2 Jahren eingeführt worden ist, um den Ausverkauf Deutschlands zu verhindern, ebenso die Ausfuhrabgabe trügen Schuld an dem zurückgehenden Export. In der jetzigen Zeit, wo alles daran gesetzt werden müsse, den Export zu heben, müsse die Ausfuhrabgabe wegfallen, ebenso die Kontrolle. Durch die Langsamkeit der letzteren käme es oft zu Annullierungen von ausländischen Aufträgen. Auf die Ursachen für den Niedergang von unserem Handel und Industrie sei man in Dresden weiter nicht eingegangen. Der Berichterstatter führte als solche vor allem die Zwangswirtschaft an, deren Aufhebung er forderte, da die freie Wirtschaft sich immer mehr ausgebreitet habe und sich die gesetzliche Zwangswirtschaft kaum noch behaupten könne. Die Handelskammer Leipzig sollte daher aufs neue ihre Stimme dafür erheben, daß mit dem Abbau der Zwangswirtschaft ein etwas schnelleres Tempo eingeschlagen werde, vor allem auf dem Ernährungsgebiete. Eine weitere Voraussetzung für die Gesundung unseres Wirtschaftslebens ist nach Ansicht des Berichterstatters der Abbau der Papiergeldwirtschaft. Das unaufhörliche Arbeiten der Notenpresse habe dazu geführt, daß

unser Kredit im Ausland untergraben worden ist. Die Weiterarbeit der Notenpresse bedeute eine ebenso große Selbstschädigung wie eine gefühlvolle Zurückhaltung unseres Volkes. Wenn man nicht zur christlichen Wirtschaft zurückkehren werde, gäbe es kein Aufhalten des Zusammenbruchs. Falls sei auch, wenn man von oben herab das vielgestaltige Wirtschaftsleben regeln wolle. Der erste Eingriff in dieses diffuse und seine Gebilde unserer Volkswirtschaft sei bei Kriegsbeginn erfolgt und habe zu unabsehbaren Konsequenzen und auf Bahnen geführt, die schließlich mit der Hauptschuld trügen an den Zuständen, wie wir sie jetzt haben. Weiter führte der Berichterstatter aus, man habe den Eindruck, als wenn die Folgen des verlorenen Krieges anderen Volksgenossen überhaupt noch nicht zum Bewußtsein gekommen seien.

Es werde jetzt immer noch darauf los gelebt, unbekümmert darum, daß wir bettelarm geworden sind. Die Vertreter der Handelskammer seien in Dresden nicht in der wünschenswertesten Weise zum Wort gekommen, weil dieses hauptsächlich die Politiker geführt hätten. Man wolle deshalb die erste Frage in einem kleinen Kreise beraten und das Ergebnis der Aussprache den Regierungstellen mitteilen.

Die Aussprache eröffnete A.-M. Direktor Bolte: Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei ein Problem, das gelöst werden müsse. Durch das Abkommen in Spa werde die Lösung allerdings fast unmöglich gemacht. Der Redner, ein Kohlenfachmann, ging dann ausführlich auf die schweren Folgen des Kohlenabkommens ein, durch das unserer Industrie 25 bis 30 Prozent Kohle weniger zugeführt werden könne.

Die Mehrheranziehung der Braunkohle könne uns nicht retten, denn die Einrichtung vieler Kessel lasse ihre Verwendung nicht zu. Hinzu komme, daß die Bergarbeiter erneut die Forderung gestellt haben, die Löhne pro Schicht um 3 A zu erhöhen. Um einen Streik zu verhindern, werde die Regierung nachgeben müssen. Wenn aber die Kohle wieder um 25 A für die Tonne in die Höhe gehe, könne ein Preisabbau auf dem allgemeinen Wirtschaftsmarkt nicht eintreten. Bei den erhöhten Kohlenpreisen lasse sich auch keine neue Arbeitsgelegenheit schaffen. Der einzelne Arbeiter könne das Risiko nicht auf sich nehmen, sondern der Staat müsse in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorangehen. Es empfehle sich, den Bau des Elberseale-Kanals in Angriff zu nehmen, wodurch hunderttausende beschäftigt werden könnten. Ein Lohnbau wäre dadurch möglich, daß man die Preise für Rohmaterialien, Fertigfabrikate und Lebensmittel um 20 Prozent herabsenke und die Löhne um 10 Prozent senke, womit die Arbeiter sehr zufrieden sein könnten, denn im Grunde genommen bedeute das eigentlich einen 10 prozentigen Lohnzuschlag.

A.-M. Kaufmann Conrath beehrte die Zukunft unseres Handels und der Industrie sehr pessimistisch. In einzelnen Artikeln berichte tatsächlich ein Käuferstreik. Ganz merkwürdig liege der Artikel Seife. Es seien in Leipzig und anderwärts große Lager in Seife vorhanden.

Lord Curzons Note an Tschitscherin

Amsterdam, 26. Juli. (Drahtbericht.) Der am Sonnabend veröffentlichte Text der zwischen Lord Curzon und Tschitscherin gewechselten Noten betr. den Waffenstillstand zwischen Rußland und Polen enthält auch die Antwortnote Lord Curzons vom 20. Juli. Diese besagt, die Sowjet-Regierung habe eine große Zahl von Streitkräften angeschnitten, über die zwischen der britischen und der Sowjet-Regierung sowohl bezüglich der Tatsachen, wie der Grundsätze hieselbe Meinungsverschiedenheiten beständen. Die gegenwärtige Depeche werde nicht damit befaßt, sondern sich auf das dringende Problem der Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Polen und Sowjet-Rußland beschränken, die so schnell wie möglich erfolgen solle. Die Sowjet-Regierung habe ihre Vereinfachung kundgegeben, die Frage des Waffenstillstandes mit Polen freundschaftlich zu erwägen und Polen eine Grenze zuzugestehen, die nicht ungünstiger sei als die ursprünglich vom Völker Rat vorgeschlagene. Die Sowjet-Regierung habe gleichzeitig in dieser Erklärung energisch dem Gedanken widersprochen, daß die Verhandlungen über den Waffenstillstand noch zwischen anderen Mächten als Sowjetrußland einerseits und Polen andererseits in Angriff genommen werden. Wenn die Sowjet-Regierung auf ihrem Standpunkte beharre, so habe die englische Regierung nicht die Absicht, auf ihrem Vorschlag zu bestehen. Die englische Regierung habe den Zusammentritt einer Konferenz in London nur vorgeschlagen, weil sie glaubte, daß dadurch Rußland in Beziehung zur Friedenskonferenz gebracht und der Weg für eine Verständigung zwischen Rußland und der übrigen Welt geebnet werde. Was die englische Regierung wünsche, sei, daß die Verhandlungen unverzüglich geführt werden, daß die Grenze zwischen Rußland und Polen soweit wie möglich mit den Wünschen der in Betracht kommenden Bevölkerung übereinstimme und ein dauernder Friede zwischen Polen und seinem östlichen Nachbar hergestellt werde, der die Einstellung der Feindseligkeiten und die Nichtmischung beider Teile in die Angelegenheiten seines Nachbarn bringen würde. Um den Stand der Angelegenheit endgültig zu klären, sei die polnische Regierung von den Alliierten aufgefordert worden, sofort Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen herbeizuführen. Sollten die Sowjetarmee indes trotz des Ersuchens der polnischen Regierung um Waffenstillstand ihr Vordringen fortsetzen, so müßten die englische Regierung und die Alliierten notwendigerweise annehmen, daß die Sowjetregierung den Krieg gegen das polnische Volk wolle, und würden Polen Beistand und Unterstützung leisten, außerdem müsse die englische Regierung erklären, daß die Verhandlungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zwischen Rußland und dem Britischen Reich zweckmäßigerweise nicht fortgesetzt werden könnten, wenn Sowjetrußland in Polen eindringe. Sie habe deshalb an Kamenow und Krasin telegraphiert, ihre Abreise aus Neval zu verschieben, bis der Waffenstillstand abgeschlossen sei.

Warschau, 27. Juli. (Drahtbericht.) Man ist hier auf die Möglichkeit gefaßt, daß der Waffenstillstand nicht den Beginn der